

Presseinformation zum Weltkrebstag am 4. Februar

Unabhängige Krebsberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen stellen Förderantrag an die Landesregierung – seit 2007 Förderung eingestellt.

Fast jeder Zweite in NRW erkrankt mindestens einmal in seinem Leben an Krebs

In Nordrhein-Westfalen gibt es jährlich etwa 100.000 Krebs-Neuerkrankungen. Nach Erfahrungen der Krebsberatungsstellen in NRW wird die Krankheitslast für Betroffene durch Angstkampagnen mit dem Thema Krebs zusätzlich gesteigert. Krebs ist die meistgefürchtete Krankheit.

Über 40 000 Ratsuchende suchen jährlich die 26 KBSs in NRW auf. Mehr als 75.000 Beratungen vor Ort oder telefonisch leisten die Krebsberatungsstellen (KBS) im Land. Der Bedarf ist weit größer. Die psychosozialen Unterstützungseinrichtungen haben die Belastungsgrenze längst erreicht. Es fehlt an Personal und an flächendeckender Beratungsinfrastruktur. Die Kosten der KBSs sind bei weitem nicht gedeckt. Die Träger dieser Hilfsangebote können die hohen Eigenanteile nicht auf Dauer aufbringen. Die Förderpraxis der Landesregierung ignoriert bisher den großen Nutzen den die Bevölkerung durch die in Jahrzehnten entwickelte und bewährte Struktur der KBSs in NRW hat. Sie beteiligt sich nicht an den Kosten.

Für die Erhaltung und Absicherung von Lebensgrundlagen sind psychosoziale Hilfestellung, unabhängige umfassende professionelle Beratung und solidarische unterstützende Begleitung für die Betroffenen oft entscheidend.

Zeitintensive Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte, Zeitdruck bei Behandlungsentscheidungen, schnelle Abfolge belastender Therapien erschweren selbstbestimmten Umgang mit dem Medizinbetrieb.

Die Nachfrage der Betroffenen nach gesicherter Information und umfassender Beratung übersteigt die Kapazitäten der Einrichtungen. Die Beratung ist für die Ratsuchenden kostenfrei. Die Finanzierung der Krebsberatungsstellen basiert auf einem Mischfinanzierungskonzept (kommunalen Zuwendungen, Eigenmitteln der Träger, Spenden, Honorare von Krankenhäusern) ihre Unabhängigkeit gewährleistet.

HIV-Infektionen konnten beispielsweise auf 656 (2010) und die HIV-Sterbefälle auf 102 (2010) in NRW reduziert werden. Die Landesregierung hat mit ihrer langjährigen Unterstützung der AIDS-Beratungsstellen unter Beweis gestellt, dass unabhängige Beratung Krankheitslast, Leidensdruck und Ausgrenzung betroffener Menschen reduzieren und Vorbeugung stärken kann. Im Krebsbereich wurden die Möglichkeiten von Prävention, psychosozialer Beratung und Begleitung im Hinblick auf die Krankheitsbewältigung und Verhinderung psychischer Erkrankungen und vorzeitiger Sterblichkeit bisher unterschätzt.

Krebsberatungsstellen bieten fachlichen Rückhalt für Selbsthilfeinitiativen, der nicht von Fremdinteresse geleitet ist. Daher hat unter anderem auch die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter sich für Förderung der unabhängigen Krebsberatungsstellen an die Landesregierung gewendet.

Bei Wahlaussagen zu den Landtagswahlen 2010 war von „...gesicherter Landesförderung... als unverzichtbarer Bestandteil...“ die Rede. Es hieß: „... halten eine kontinuierliche Förderung der Krebsberatungsstellen durch das Land NRW für notwendig, um qualitätsgesicherte und umfassende Beratungsangebote für betroffene Menschen und ihre Angehörigen wohnortnah und auch niedrigschwellig anbieten zu können. Das Angebot unabhängiger Beratung und Begleitung ist in allen Regionen sicherzustellen. Regelmäßige Förderung, niedrigschwellige Informations- und Kommunikationsangebote sowie Schulungen ehrenamtlich tätiger Beraterinnen sind notwendig...“.

Anlässlich des Weltkrebstages fordern wir die rot-grüne Landesregierung auf, Krebsbetroffenen in Nordrhein-Westfalen die Unterstützung durch Krebsberatungsstellen endlich zu sichern. Ein Landesfinanzierungsgesetz auch für unabhängige Krebsberatungsstellen ist längst überfällig.

Aachen/ Leverkusen 4. Februar 2015